



Die Gleichstellungsbeauftragten der bayerischen Polizei besuchten auf Einladung der SPD-Fraktion den Landtag in München.

Die bayerische Polizei braucht mehr Frauen in Führungspositionen

Gleichstellungsgesetz mit Leben erfüllen: SPD-Landtagsabgeordnete im Gespräch mit den Gleichstellungsbeauftragten

Die Frauen in der bayerischen Polizei haben nach wie vor einen schweren Stand. Dies ist das Resümee eines Gesprächs zwischen den Gleichstellungsbeauftragten der bayerischen Polizei mit den SPD-Abgeordneten des Kommunal- und Innenausschusses des Landtags Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak und Harald Schneider. In vielen Polizeipräsidien fühlen sich die Gleichstellungsbeauftragten nach wie vor wie das fünfte Rad am Wagen oder sogar als lästiges Übel. „Dabei sind ihre Aufgaben und Möglichkeiten im Gesetz klar definiert“, so Helga Schmitt-Bussinger. Die Präsidien müssen von Seiten des Innenministeriums angehalten werden, sich gesetzeskonform zu verhalten. Im Gespräch machten die Gleichstellungsbeauftragten auch deutlich, dass sie sich einen weitaus höheren Anteil von Frauen in der Polizei, aber auch in

Führungspositionen wünschen. Hier gibt es einen erheblichen Nachholbedarf. „Es macht keinen Sinn, wenn sich Innenminister Herrmann in seinen Sonntagsreden immer damit brüstet, wie viele Frauen sich bei der Polizei in Führungspositionen befinden, und er immer nur die drei gleichen Vorzeigefrauen präsentiert“, erklärte Inge Aures.

„Wir haben das Gleichstellungsgesetz seit nunmehr 15 Jahren“, so Harald Schneider, „nun muss es auch in der Polizei mit Leben erfüllt werden.“ Bei Einstellungen müssen nach dem Gesetz die Gleichstellungsbeauftragten die Möglichkeit erhalten zu überprüfen, ob auch alle Vorgaben eingehalten wurden.

Viele der Beauftragten aus den Präsidien müssen das Amt der Gleichstellungsbeauftragten nebenbei erledigen.

Beförderungstau

Fast 6000 Polizeibeamtinnen und -beamte warten in Bayern auf ihre Beförderung. Sie haben alle ihre Mindestwartezeit hinter sich und können wegen fehlender freier und besetzbarer höherwertiger Planstellen nicht befördert werden. Der größte Stau liegt im Bereich zum Polizeihauptkommissar A 12 auf den 1606 Beamte warten und im Bereich des Ersten Hauptkommissars. Hier sind 1141 Beamte in der Warteschleife. Zum Polizeihauptmeister nach A9 befinden sich 1096 Beamte auf Warteposition. Entspannung der Situation gibt es nur durch die zu erwartenden hohen Ruhestandsabgänge. Die SPD fordert für den Doppelhaushalt 2013/2014 weitere Stellenanhebungen, um die prekäre Situation zu entschärfen.

Deshalb wäre es nach Ansicht der SPD notwendig, zumindest in den großen Präsidien über eine Freistellung der Gleichstellungsbeauftragten nachzudenken, um hier eine Angleichung an die Personalräte vorzunehmen.

Polizeibeschäftigte im Schichtdienst können mit den normalen Öffnungszeiten von Kinderhorten und -gärten nichts anfangen. Aus diesem Grund sollten zumindest in den größeren Städten Einrichtungen geschaffen werden können, die den Schichtdienstleistenden entgegenkommen. „Die SPD-Landtagsfraktion wird hier in den nächsten Wochen parlamentarische Initiativen starten“, versprach Reinhold Perlak.

Wir sind für Sie da! Arbeitskreis der BayernSPD-Landtagsfraktion für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit



Inge Aures, MdL
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Kronacher Str. 1, 95326 Kulmbach

inge.aures@bayernspd-landtag.de



Helga Schmitt-Bussinger, MdL
Vorsitzende des Arbeitskreises
Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg

helga.schmitt-bussinger@bayernspd-landtag.de



Reinhold Perlak, MdL
Sprecher für Kommunale Daseinsfürsorge
Wittelsbacherhöhe 19, 94315 Straubing

reinhold.perlak@bayernspd-landtag.de



Harald Schneider, MdL
Sicherheitspolitischer Sprecher
Kirchplatz 14, 97753 Karlstadt

harald.schneider@bayernspd-landtag.de

V.i.S.d.P.: Harald Gülller
Herausgeber: BayernSPD-Landtagsfraktion
Bayerischer Landtag,
Max-Planck-Straße 1, 81627 München



Bayern braucht eine gut aufgestellte Polizei

Die Beschäftigten erwarten eine Korrektur der Polizeireform - Ergebnisse des Polizeitags 2012 der SPD-Landtagsfraktion

Von Harald Schneider, MdL,
sicherheitspolitischer Sprecher der
BayernSPD-Landtagsfraktion

Nur eine an Personal und Sachmitteln gut ausgestattete Polizei ist in der Lage, die Innere Sicherheit im Freistaat aufrechtzuerhalten. Dass es in den Polizeidienststellen an Personal und an einer modernen Sachausstattung mangelt, wurde beim **Polizeitag 2012** der SPD-Landtagsfraktion am 27. Februar deutlich. Fast 300 Polizeibeschäftigte aus ganz Bayern waren in den Plenarsaal des Bayerischen Landtags gekommen, um mit den Landtagsabgeordneten und dem baden-württembergischen Innenminister Reinhold Gall zu diskutieren.

Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden, von Hof bis Lindau haben die bayerischen Polizeidienststellen mit großer Personalknappheit zu kämpfen. Viele Dienststellen sind kaum in der Lage, einen Schichtdienst rund um die Uhr aufrechtzuerhalten. Dies macht sich auch im Kontakt zu den Bürgern bemerkbar. Während vor 30 Jahren der Schutzmann an der Ecke noch als Ansprechpartner zur Verfügung stand und jeder Bürger seine Polizis-

ten kannte, ist dies momentan reine Utopie. Wer Glück hat, sieht auf dem flachen Land mal einen Streifenwagen durch die Ortschaft fahren. Das Verhältnis zwischen Polizei und Bürger ist anonym und unpersönlicher geworden.

Dies ist eine Entwicklung, die Sozialdemokraten nicht gutheißen können. Der Personalabbau in der Ära Stoiber hat Bayerns Polizei sieben magere Jahre beschert. Dazu kam noch die Belastung durch die 42-Stunden-Woche, die für einen weiteren Personalabbau sorgte. So hat sich in den letzten Jahren viel Unmut angesammelt - Unmut, dem die Beamten beim Polizeitag auch Luft machen konnten.

Klar ist: Das Reformziel der Regierung, mehr Polizei auf die Straße zu bringen, wurde verfehlt. Es gilt daher, die Personalstrukturen in den Führungsdienststellen zu überprüfen, aber auch in den Inspektionen. Durch die zunehmenden Verwaltungsaufgaben sind hier Stellen verlegt worden. Die Einsatzzüge sollten zu eigenen Dienststellen werden und nicht mehr organisatorisch an die Polizeipräsidien angebunden sein.

Antworten statt Ankündigungen

Die Innere Sicherheit in Bayern hat seit jeher eine große Bedeutung für die SPD-Landtagsfraktion. Seit Jahrzehnten setzen wir uns für eine bessere Personal- und Sachausstattung der Polizei ein. Leider hat in der Vergangenheit die alleinregierende CSU-Staatsregierung und seit 2008 die schwarz-gelbe Regierungskoalition entscheidende Verbesserungen für Bayerns Polizei abgelehnt. Seit 2003 wurde die Handlungsfähigkeit durch eine rigide Sparpolitik stark eingeschränkt. Darüber können auch die hohen Aufklärungsquoten nicht hinwegtäuschen. Hier stellt sich die Frage: Zu welchem Preis wurden diese Quoten erreicht?



Viele Polizeibeschäftigte fühlen sich im Stich gelassen von einer Staatsregierung, deren Handeln sich auf bloße Ankündigungen beschränkt. Tausende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte warten seit Jahren auf ihre Beförderung, obwohl sie formal alle Voraussetzungen erfüllen. Der Besuch der Fachhochschulen kann mit gutem Gewissen kaum noch jungen Beamten angeraten werden, da für viele kaum noch Aufstiegschancen bestehen.

Die SPD-Landtagsfraktion wird nicht ruhen, die Verhältnisse hier zu verbessern. Wir haben die Antworten auf die ungelösten Fragen im Polizeibereich und das kompetente Personal. Beim Polizeitag 2012 im Landtag haben wir den Beweis dafür angetreten.

Es grüßt Sie Ihr



Markus Rinderspacher, MdL

Vorsitzender der
BayernSPD-Landtagsfraktion



Nur Transparenz und Ernsthaftigkeit schaffen Vertrauen in die Polizei

von Helga Schmitt-Bussinger, MdL, innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Der Innenausschuss des Bayerischen Landtags muss sich wiederholt mit Einsatzgeschehen der Polizei beschäftigen, bei denen es zu Gewalteskalationen und Übergriffen gekommen ist. In einem Rechtsstaat darf es noch nicht einmal den Anschein einer Vertuschung von Fehlverhalten von Polizisten geben. Man muss daher konsequent allen Vorwürfen nachgehen, diese untersuchen und dabei für Transparenz sorgen. Wo sich die Schuld von Polizeibeamten herausstellt, müssen diese zur Verantwortung gezogen werden. Nur so können Rechtsstaatlichkeit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei wieder hergestellt werden.

Die jüngst erfolgte Einrichtung eines speziellen Kriminalfachdezernats für Ermittlungen bei Amtsdelikten von Polizistinnen und Polizisten beim Polizeipräsidium Mittelfranken ist

daher zu begrüßen. Damit gibt es jetzt auch für den nordbayerischen Raum eine auf interne Ermittlungen spezialisierte zentrale Fachdienststelle. Die Erweiterung der Zuständigkeit der bereits beim Polizeipräsidium München vorhandenen Dienststelle auf den gesamten südbayerischen Raum ist mit Blick auf die Fälle von Eskalation bei Einsätzen von Polizeibeamten aus südbayerischen Dienststellen ein konsequenter Schritt. Dieser speziellen Dienststelle beim Münchner Präsidium wurden von der Staatsanwaltschaft die Ermittlungen wegen des Polizeieinsatzes von Beamten der Rosenheimer Polizeiinspektion im Haus einer Familie im November 2010, bei dem es zur Anwendung unmittelbaren Zwangs durch die Polizei gegen Familienangehörige gekommen ist, übertragen.

Es ist wichtig, dass eine Stelle, die mit dem örtlichen Einsatzgeschehen nichts zu tun hat, mit den Ermittlungen betraut wird. Nur so kann sicherge-

stellt werden, dass nicht der Eindruck entsteht, dass irgendetwas unter den Tisch gekehrt wird. Vor diesem Hintergrund ist auch die Dienststelle, an die von der zunächst zuständigen örtlichen Polizei die Untersuchungen aus Neutralitätsgründen abgegeben wird, „ungeeignet“, in solchen Verfahren zu ermitteln. Daher ist es richtig, dass eine Dienststelle, die ganz oben beim Polizeipräsidium angesiedelt und auf Amtsdelikte und interne Ermittlungen spezialisiert ist, die Anschuldigungen gegen Polizeivollzugsbeamte untersucht. Die Einrichtung zentralisierter Fachdienststellen für interne Ermittlungen bei Amtsdelikten der Polizei ist daher in Bayern überfällig gewesen.



Leistungsfähigkeit der Wasserschutzpolizei hat gelitten

von Harald Schneider, sicherheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die Wasserschutzpolizei in Bayern war jahrzehntelang der Garant für effiziente Polizeiarbeit auf dem Wasser, sowohl bei den Aufgaben aus dem Bund auf den Bundeswasserstraßen als auch im Umweltbereich.

Wasserschutzpolizeistationen wurden teilweise ab 2005 Schritt für Schritt als Dienstgruppen in Polizeiinspektionen integriert und verloren ihren Status als eigene Dienststellen. Die Beamten wurden mit grünen Uniformen ausgestattet und unterstützen nunmehr auch die normale uniformierte Polizei. Dies ist für die Inspektionen einerseits ein personeller Zugewinn, auf den viele Inspektionen dringend angewiesen sind, andererseits werden dabei zwangsläufig Aufgaben der Wasserschutzpolizei vernachlässigt.



Mit der Integration der Wasserschutzpolizei in die Inspektionen begann der schleichende Personalabbau. Nehmen wir die Wasserschutzpolizei in Lindau: Dort verrichteten in der eigenständigen Wasserschutzpolizeistation 11 Beamte ihren Dienst. Dann wurde die Sollstärke auf neun und mittlerweile auf acht reduziert. Drei Jahre lang musste die „Dienstgruppe See“ sogar nur mit sieben Beamten ihren Dienst verrichten. Lindau ist nur ein Beispiel für die personelle Situation der neun Wasserschutzpolizeigruppen sowie der 14 Inspektionen mit WSP-Aufgaben an

den 25 großen bayerischen Seen.

Völlig abwegig erscheint die Kritik des Obersten Rechnungshofes, der fordert, die Wasserschutzpolizei ganz an den Bund abzugeben. Nur vordergründig ließe sich hier Geld einsparen, wenn die Überwachung von 700 Kilometer Bundeswasserstraßen von der Bundespolizei übernommen würde. Nach wie vor verbleiben dennoch viele Aufgaben in Bayern und machen eine eigene Wasserschutzpolizei notwendig. Personal- und Sachausstattung könnte nicht eingespart werden. Insofern ist die Kritik des Rechnungshofes nicht nachvollziehbar.

Ziel der SPD ist es, die Leistungsfähigkeit der Wasserschutzpolizei wieder zu stärken. Da reicht es nicht, die veralteten Boote zu ersetzen, sondern die Dienststellen müssen auch personell in die Lage versetzt werden, ordentlich ihre Arbeit verrichten zu können.

Polizeireform: Evaluierung muss Korrekturen bringen

von Harald Schneider, MdL, sicherheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Der Bayerische Landtag hat am 23. Juni 2009 einstimmig beschlossen, eine externe Evaluierung der Polizeireform unter Beteiligung der Personal- und Berufsvertretungen durchzuführen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit sollte bereits in Form und Vergabe der Evaluation einbezogen werden, um diese politisch zu begleiten. Laut Beschluss des Landtags sollte die Staatsregierung bereits im Herbst 2011 den Bericht vorlegen.

Dass daraus nichts geworden ist, hat viele Gründe. Hauptgrund war wohl die Suche nach einem geeigneten Evaluierer. Zum einen musste es nach Landtagsbeschluss ein externer Experte sein, aber gleichzeitig herrschte sowohl im Innenausschuss als auch bei den Berufsvertretungen Einigkeit darüber, dass es nicht eine große Beratungsfirma wie Kienbaum oder Roland Berger sein sollte, die die Strukturen der bayerischen Polizei gar nicht kennt.

Die Suche nach einer geeigneten Expertenkommission gestaltete sich schwieriger als gedacht, und so konnte Landespolizeipräsident Waldemar Kindler erst im Sommer die Kommission präsentieren, die dann am 17. August offiziell von Innenminister Herrmann den Auftrag zur Evaluierung bekam. Deren Chef Prof. Gerd

Neubeck präsentierte sich im Innenausschuss. „Ich werde nicht die Polizei in Bayern evaluieren, sondern deren Reform“, stellte er gleich zu Beginn seiner Ausführungen fest. Wichtig für die SPD-Fraktion ist, dass insbesondere die Frage geklärt wird, ob die vorgegebenen Ziele der Reform auch erreicht wurden.

Diese wurden in der Regierungserklärung vom 6. November 2003 von Ministerpräsident Stoiber definiert und vom damaligen Innenminister Dr. Günther Beckstein detaillierter dargestellt. Folgende Punkte standen dabei im Vordergrund: Straffung der Polizeiverwaltung, mehr Polizei auf die Straße bringen, Schaffung von modernen und leistungsfähigen Einsatzzentralen, flächendeckende Kriminaldauerdienste und Kommissariate zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in allen Präsidien.

Hoffnung machen die Aussagen von Prof. Neubeck, dass er eine Evaluierung „bottom up“, also von unten nach oben durchführen wird. Schwerpunktmäßig wird er sich dabei die inneren Strukturen der neu geschaffenen Präsidien anschauen, insbesondere die der Ballungsraum- und Teilungspräsidien. Wie wurden die Aufgaben der Direktionen auf die Präsidien und Inspektionen verteilt? Wie sieht es in den Stäben der Präsidien aus?

Mittlerweile wurden bereits Fragebogen an die Mitglieder des Beirates verteilt, um deren Einschätzung zur

Akzeptanz der Polizeireform abzufragen.

Prof. Neubeck will Interviews auf allen Ebenen in ausgewählten Präsidien und Inspektionen durchführen lassen. Er erwartet zahlreiche Verbesserungsvorschläge. Dabei geht es ihm in erster Linie um Qualität und nicht um Schnelligkeit. Dem Innenausschuss des Landtags gab er zu verstehen, dass er nicht vor Ende 2012 Ergebnisse vorlegen kann.



Prof. Gerd Neubeck Harald Schneider

Prof. Gerd Neubeck ist Vorsitzender der Expertenkommission zur Evaluierung der Polizeireform in Bayern. Seit 2009 begleitet er das Amt des Leiters Konzernsicherheit der Deutschen Bahn AG. Zuvor war er von 2000 bis 2009 Polizeivizepräsident in Berlin. Seine Wurzeln reichen nach Bayern, wo er zuvor als Richter und (Ober-)Staatsanwalt in Nürnberg, Fürth und Dresden tätig war. Gerd Neubeck begleitet weiterhin das Amt des Vorstandsvorsitzenden des Deutschen Forums für Kriminalprävention und ist Honorarprofessor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

Tropfen auf den heißen Stein

Zum 1. August 2012 werden 769 Beamte inklusive der mobilen Reserve an die Polizeidienststellen in Bayern verteilt. Über 100

Beamte erhält allein das Polizeipräsidium Oberbayerns Nord. Damit wird der starken Arbeitsbelastung, der zunehmenden Bevölkerungszahl und der starken Ruhestandsversetzungen Rechnung getragen. Verhältnismäßig gering ist die Zuteilung beim Polizeipräsidium München. Dieses erhält

einen Nachersatz von 59 Beamten. Die jetzt relativ leer ausgehenden Präsidien hoffen auf größere Personalzuteilung zum 1. März 2013. Viele kleine Dienststellen in Bayern sind kaum mehr in der Lage, Schichtdienst aufrecht zu erhalten.

Mehr Infos hier: www.bayernspd-landtag.de